

Öffentlicher Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die Einzelblätter 30 Pfennige, 20, Restzahl 30 Pf

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeigerstraße 10, im Rathaus, vormittags 10 Uhr. Spätere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Die Zeitwöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Bestellfristiger Bezugpreis: nach unserer Geschäftsstelle 1,75 RM, von unseren Boten ins Haus gebracht 1,95 RM und durch den Briefträger 1,95 RM.

Bestellfristige und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeigerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.



Ankündigungsverbot für die Stadt Teuchern.

Nr 98.

Donnerstag, den 21. August 1919.

58. Jahrgang.

Die Reichseinkommensteuer.

Die Notwendigkeit, daß die großen Vermögen und hohen Entnahmen tächtig werden müssen, ist längst bekannt und unbefritten. Einige Wände ist in Weimar ausgebrochen, daß der Kampf und die Vermögenssucht nach befriedigt werden müssen. Auch dagegen kann man nichts sagen, denn jedes Quantum von Vermögenssucht kann auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Persönlichkeit zugeschnitten werden. Aber gerade diese letzte Steuer ist, wie so viele andere in der Vergangenheit, der Kaufkraft der Bevölkerung abhängig, und wenn die Fähigkeit, das Geld mit leichter Hand auszugeben, schließlich doch einmal abnimmt, muß also auch der Steuerertrag aus solchen Aufwendungen sinken. Auch wenn wir ärmer werden, bleiben aber die großen Ausgaben, die Entente wird nicht locker lassen. Unter solchen Umständen bleibt die steuerliche Einkommensquelle des Reiches die Reichseinkommensteuer, wenn sie auch vielen Steuerzahlern nicht so angenehm sein wird, wie indirekte Abgaben, die keinem Zwang unterliegen.

Daß die neue Reichseinkommensteuer bedeutend höher werden wird als die heutige Einkommensteuer, ist sehr verständlich, sie wird auch höher sein, obwohl kommunalsteuerverpflichtete Verleihen nicht erhoben werden sollen. Man hat nun angefangen, zu berechnen, wie hoch sich eben die neuen Steuerfächer stellen werden, und ist dabei zu neuen erbaulichen Ergebnissen gekommen. Wenn der in Aussicht genommene Betrag jährlich erbracht werden soll, so muß so ist angesetzt worden, etwa ein Drittel des Einkommens im Durchschnitt für Steuerzwecke herangezogen werden. Zur Begründung dieses hohen und tatsächlich doch kaum erscheinenden Betrages wird angeführt, daß durch die Vermögensabgabe und durch die Kapitalertragsteuer die Einkommen so vermindert werden, daß mit hohen Steuerfächern gerechnet werden muß, um den Ertrag heraus zu bekommen.

Aber die Statistik ist in der heutigen Zeit der unbegrenzten Möglichkeiten in Steuerfragen sehr unbedingte zuverlässiger Ratgeber, und wir dürfen annehmen, daß das Gesamteinkommen in Deutschland heute viel höher ist, als auf Grund von statistischen Berechnungen angenommen wird. Aus dem Vorangehenden ist festzustellen, daß die ungenutzte Summe von 10 Milliarden Mark Papiergeld zum Zweck der Steuerhinterziehung zinslos verstreut worden ist. Wenn diese Summe von zehnhundert Millionen ruhig bei Seite gelegt werden könnte, dann müßte doch das Einkommen so hoch sein, daß auf dies verborgene gehaltene Geld nicht zurückgegriffen zu werden braucht. Diele und andere Tatsachen lassen deutlich erkennen, es sind höhere Einkommen da, als die Steuerbehörde weiß.

Wir brauchen uns also durch die statistische Rechnung von einem Drittel Steuer des Einkommens noch nicht ins Gedächtnis rufen zu lassen, sich abgeben davon, daß es unmöglich wäre, diesen Einkommensteuervertrag zu bezahlen. Die Zeit in Weimar beschlossenen Maßnahmen gegen die Steuerkraft und die Wertempfehlung der Quantitäten werden sehr erhebliche Beträge gekamertem Geldes aus sich bringen, aber eine Notwendigkeit wird es sein, wenn für die Zukunft übertrieben hohe Sätze der Reichseinkommensteuer vermieden werden sollen, die die Steuer mit einer allgemeinen Deklarationspflicht zu verbinden, wenn sonst fängt in zwei, drei Jahren die Geldhammer von neuem an und diejenigen, deren Einkommen offen zu Tage liegt müssen für die Geinlichkeit mit bezahlen.

Die Entschädigungen für Offiziere.

Weimar, 18. August 1919.

In der heutigen Nachmittagsitzung wurde zunächst die Beratung des Gesetzentwurfes über die Entschädigung für die auscheidenden Offiziere weiterberaten.

Herr v. Holz (Ztr.) führte aus, ein Rechtsanspruch für die betreffenden Offiziere bestehe nicht, und den moralischen Verpflichtungen werde ja die Vorlage auch nach den Beschlüssen des Ausschusses gerecht. Es handle sich keineswegs um Betriebsausgaben, sondern um sehr erhebliche Beiträge.

Ministerpräsident Reinhardt gab zu, daß die Vorlage, die im Ausschuss in manchen Einzelheiten eine Verbesserung erfordere, nicht zu übernehmen. Die Regierung sei geneigt, ein gangbarer Weg, und es gehe nicht der Höhe zuwider, wenn man einen Vermögensnachweis erbringen muß, um mehr zu bekommen, als man an sich zu beanspruchen hat. Eine solche sei die sicherste Grundlage der Verbesserung gegenüber der Offiziere. Im übrigen ist das, was ihnen die Regierungsvorlage geben wollte.

Herr Seeger (H. S.) wandte sich gegen die Vorlage, die den Offizieren und Intendanten eine bevorzugte Stellung geben wolle.

Wehrminister Hasse stellte gegenüber falschen Vorstellungen der Unabhängigen über unsere Militärämter fest, daß Deutschland jetzt rund 400 000 Mann an Mann und sämtliche Werte in Deutschland und Situations und der gesamte Grenzschutz einzuschließen sind. Bis zum 1. Oktober...

tober wird die Umstellung bis auf 250000 Mann durchgeführt sein. Der Minister hat dann um rasche Beabsichtigung des Gesetzes.

Damit schloß die Generaldebatte. Die Anträge der Reichsparteien wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Haas (Dem.), wonach die Lebensversicherung für Beamteten auf die Unterhaltungsleistungen ausgezehrt werden. In Paragraf 16 wird gemäß einem Vorschlag des Ministers Erzbischof bestimmt, daß das Gesetz am 1. September d. J. in Kraft treten solle.

An die zweite Lesung fand sich sofort die dritte an. Das Gesetz wurde endgültig gegen die Stimmen der beiden Parteien und der Unabhängigen angenommen. Es folgte die zweite Beratung des

Kapitalertragssteuer.

Herr v. Holz (Ztr.) erklärte es als Pflicht und Angelegenheit, daß die Kommission die Kapitalertragssteuer aus dem Gesetz herausgenommen hat.

Herr v. Holz (Ztr.): Der Entwurf bringe den Kapitalertragssteuer eine Abschwächung, des Wortes, den wir dem ganzen Werke schuldig sind. Mehr gestattet die Finanzlage nicht.

Nach weiteren Ausführungen der Frau v. Grafe (Dschl.), Herr v. Holz (Ztr.) und Dr. Haas (Dem.) folgte der Kriegsminister Reinhardt wurde das Gesetz in zweiter Lesung in der Ausschußsitzung angenommen mit einem Verbesserungsentwurf des Zentrums, der die Werbung hinter dem Worte "Kapitalertrag", soweit sie von dem Kriegskapitalist haben "freisetzt und für Kapitalertrag mit siebenjährigem aktiver Dienstzeit eine Vergünstigung einräumt.

Das Gesetz wird gleichfalls am 1. September in Kraft treten. Es wurde auch sofort in 3. Lesung angenommen gegen die Stimmen der Unabhängigen.

Die Gesetzentwürfe: Der Entwurf des Mannschaftsgehaltes vom 3. Mai 1906 und des Militärabschiedes vom 17. Mai 1907 wurden in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten, die das 63. Lebensjahr vollendet haben. Angenommen wurde auch die Erhöhung der Kommissarien, wonach das Gesetz auch auf diejenigen Beamten Anwendung finden soll, die seit Beginn des Krieges freiwillig in den Ruhestand getreten sind und im Anschluß daran ohne Unterbrechung in aktiver Dienstzeit verblieben sind.

In letzter Lesung wurde der Entwurf über die Entlassung von Reichsbeamten infolge Umgestaltung des Staatswesens in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Annahme der neuen Postgebühren.

Weimar, 19. August.

Die Nationalversammlung erledigte in heutiger Vormittagsitzung zunächst eine Reihe kleiner Anträge. Dabei stellte sich mehrere Male heraus, daß die Antragsteller gar nicht zur Stelle waren. Die betreffenden Angelegenheiten seien unter den Tisch.

Herr v. Grafe (D. nat.) berichtete in einer Anfrage die gegen den Minister Erzbischof gerichteten Erklärungen des früheren Reichsstatistikers Michaelis, Dr. Seifert und Landwehr. Seine Fortsetzung des Altmaterial aus der Amtszeit des Staatssekretärs v. Köhmann zu veröffentlichen, wurde von der Regierung damit beantwortet, daß zurzeit das Material im Auswärtigen Amt zusammengefaßt werde, daß aber bei der Veröffentlichung auf die internationalen Abkommen Rücksicht zu nehmen sei. Demnach sei die Veröffentlichung nicht zulässig. Der Vertreter der Regierung erklärte, die Regierungskommission bezog sich auf seine sieben verlesene Erklärung.

Herr v. Mittelmann (D. W.) kam noch einmal auf den Fall Weinheim zurück und fragte, als der Regierungskommission eine thun nicht genügende Antwort erteilt. Ist die deutsche Regierung bereit eine Befassung dieser Fragestellung von der französischen Regierung zu fordern? Der Vertreter der Regierung wies auf die gegenwärtige politische Konstellation hin, die Deutschland einen solchen Schritt nicht gestalte.

Darauf wurde das Ausführungs- und das Entschuldigengesetz zum Friedensvertrag nach kurzen begründenden Worten des Außenministers Hermann Müller ohne jede Debatte an den Haushaltsausschuss verwiesen.

Sobann begann die zweite Lesung der Entwürfe über die Erhöhung der Post-, Zigaretten- und Postfischgebühren. Die drei Vorlagen wurden nach gleich in dritter Lesung angenommen.

Eine rasche Ausbrotte führte sich an die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Wochengebühren an.

Nach Annahme dieses Gesetzes gab vor der Bauleitung Reichsstatistiker Erklärun ab. Wir sind heute Herr der Lage. Es handelt sich um Punkte, die von politischen Parteien ins Werk gesetzt sind. Die polnische Regierung hat erfreulicherweise damit nichts zu tun. — In der Nachmittagsitzung wurde zunächst das

Zabelfeuergesetz

in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Ständrecht in Oberschlesien.

Der polnische Aufruf.

Am Laufe des Montag besserte sich die Lage für die deutschen Truppen ganz erheblich. Von besonderem Einfluß auf die Salzung geblieben, deutschschlesischen Elemente war die am Vormittag erfolgte Verbündung des Ständrechts über Oberschlesien. Die Wirkung war bald zu bemerken. Zahlreiche dunkle Elemente, die an den Vortagen sich an den Ausschreitungen beteiligten, wurden dadurch eingeschüchtern. Einen vorübergehenden Erfolg erlangten die polnischen Banden in der Gegend von Katowitz und Myslowitz. Sie besetzten hier einige Ortschaften, hielten die polnische Flagge und erklärten die Gruben für polnische Nationallegionen. Die ammarschierenden deutschen Truppen werden sie bald verbrennen.

Den Aufzählern gelang es, vereinzelt kleine Truppen in Erdhöhlen eingeschlossen waren, noch länger an dauerndem Feuergefecht und infolge Munitionsmangels zu entkommen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Bombardierungen ausgedehnt, so der Führer der eingeschlossenen Pioneercompagnie, der auf dem Wege nach Ichnin ein Hinterhalte zum Puffer fiel.

Am Streife Rhyzil wurden an einer einzigen Stelle 15 scheinlich zu gerichteten Leichen deutscher Soldaten einer überfallenen Feldwache gefunden.

Im Streife Rhyzil kam es, wie von antlischer Stelle gemeldet wird, in der Nacht zu Dienstag an allen Ecken und Enden zu Vandalenhandlungen. Verworfene Häuser gegen von Wanden und Selbstmord gegen die Stadt Myslowitz. Sie wurden unterwegs zurückgeschlagen. Alle Verluste sind beträchtlich. Schwere Ausschreitungen gab es in Ober-Schlesien, ferner in Emnagrade und Radlin, wobei in den Morgenstunden der Sonntag Nr. 22 abgehalten wurde. Mehrere Tote hatten die Angreifer in Ebersdorf. Gemeldet wurde ein Überfall auf Gharlitzengrube, wobei verhaftet, wo in den frühen Morgenstunden der Versuch gemacht wurde, die Weidwehr zu entkommen.

Der Streik im Myslowitz Gebiet ist in der Montag-Nachtschicht vollständig geworden. Den Bergarbeitern begannen sich einzelne Kategorien anderer Arbeiter anschließen.

Zurücknahme der Truppen aus Katowitz und Myslowitz.

Nach den letzten Berichten der Pressestelle des Staatskommissariats ist die Lage im Katowitz Gebiet leider so, daß zwar Myslowitz und Katowitz fest in den Händen anderer Mächte sind, daß aber die geringen Teile dieses Bezirks zum größten Teil aus von den Anführern besetzt anzusehen sind. Es fanden am Montag dauernd Kämpfe in den Dörfern Myslowitz, Schoppitz, Janau, Weidenwald mit bewaffneten Banden, die mit Waffeneingeweihten und reichlich Munition versehen waren, statt. Weiden gelang es den Banden, einzelne unserer Feldwachen anzuhalten. Gegen Abend mußten angeführt dieser Tage die Truppen aus Katowitz und Myslowitz zurückgenommen werden.

Neue Kämpfe.

Im Abschnitt südlich Westen, umfassend die Erbstätten Sulbitz, Dombach, Erzog ist die Ruhe wieder hergestellt. Im Abschnitt südlich Westen wurde am Dienstag schwer gekämpft. Aber das Hauptneß der Kämpfe, der Gottesberg-Schacht, ist aussergehoben. Dagegen wurde am Dienstag im Industriefort Alpine noch gekämpft. Im Wodszin und Döllitz haben die Russen die Nacht vollkommen in der Hand, die öffentliche Gewalt wird dort von polnischen Volksräten ausgeübt. Die Eisenbahnstrecke zwischen Katowitz und Myslowitz ist unterbrochen. Der Straßenbahnbetrieb ist im Industriebereich teilweise lahmgelegt. Montag mittag ereignete sich in Schwiebschütz ein schwerer Zusammenstoß, als Fernunterlage Elemente einer Munitionstransport angriffen. Bei einem Überfall auf den Regimentsstab in Klinger Plaszitz beteiligte sich die dortige Wache bedenklich und vorer dreizehn, die die Bewegung, indessen wurden die Angreifer in die Flucht geschlagen.

Streikverbot für den Bezirk Eppeln.

Ueber die Behebung des Ständrechts wird gemeldet: Von Seiten des kommandierenden Generals des 6. Armeekorps und des Staatskommissariats für Schlesien beschlossen wurde der schlesische Polizeigerichtsbereich (Eppeln) für den Bereichsbezirk Eppeln mit Ausnahme der Kreise Eppeln, Neuland, Neisse, Grottau und Fallenberg erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streikens. Alle streikenden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort ihrer Arbeit stellen zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

Gleichzeitig richtete der Staatskommissar einen Aufruf an die Bevölkerung Oberschlesiens, worin die Beibehaltung des Ständrechts und das Streikverbot als notwendig begründet und alle benachteiligten Arbeiter ermahnt werden, sofort die Arbeit aufzunehmen und für Ruhe und Ordnung einzustehen, damit es nicht zu

den höheren Strafen, die aus dem Standrecht folgen, kommt. Das Eigentum werde beschlagnahmt, sobald Ruhe und Ordnung eingetreten ist.

Abtrünnige Rheinländer.

Ein neugegründeter Rheinländerbund fordert sofortige Errichtung eines nach West und Ost unabwängigen Volksstaates im Fördererbande mit den in Bildung begriffenen oberrheinischen Volksstämmen. Der Vorsitzende ist der unabhängige Sozialdemokrat Josef Gmeiner. Der Bund legt sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammen. Überwiegend dürfen wohl die radikalsten Arbeitermassen und Bauernvertreter der sozialdemokratischen Rheinischen Volksstimme dabei vertreten sein. Von Forderungen seien erwähnt: aufhässliche Abwägung der Arbeiter und Bauerninteressen; Verwirklichung der Wohnungsfrage mittel durch Aufnahme unmittelbarer Beziehungen zwischen Arbeiter und Bauer; Gewinnbeteiligung der arbeitenden Klassen an den Unternehmungen zur Hebung der Arbeitslust; Wespertierung des rheinischen Eigentums im Ausland und der rheinischen Frage auf dem Weere; Hebung des rheinischen Selbstbewusstseins; Errichtung einer unabhängigen Rheinischen und entsprechende Herabsetzung der Besatzungsstrafe.

Der Aufruf, der sich gegen die „maskierte preussische Militärs, Geheimräte und Schieberarmut“ wendet, schließt mit den Worten: „Wollt ihr noch weiter die Kriegslasten und Besatzungsstellen durch eine Welt allein tragen, während sich die Reaktion auf der Besatzung stützt und lacht? Habt ihr denn nicht noch hinaus hat ein freies Rheinland noch höher gesteckte Ziele internationaler, sozialer und kultureller Verbesserungsaufgabe zu erfüllen. Es soll im wandenden Meer der Massen und Klassenreitereien ein Grenzland des Weltfriedens werden.“

Der Staatsgerichtshof. Der Verfassungsausschuss der Reichsversammlung hat folgenden Antrag des Unterhauses zur Vorlage wegen Errichtung eines Staatsgerichtshofes an die Nationalversammlung wolle beschließen, auf Grund der Verfassung des Deutschen Reiches, Artikel 34, alsbald einen Untersuchungsausschuss von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch die Erhebung aller Beweise festzustellen, ob die Verfassung durch die Durchführung des Krieges verletzt wurde. Die Untersuchung soll anfangs und seinen Verlauf herbeigeführt haben, insbesondere 2. ob Möglichkeiten sich im Laufe des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind, 3. ob im Reich der Verfassung durch die militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen hinaus gravaus und hart waren. Weiter hat der Verfassungsausschuss beschließen, den Untersuchungsausschuss mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes wegen Errichtung eines ordentlichen Staatsgerichtshofes gemäß Art. 108 der Verfassung beauftragt unter Ausdehnung seiner Zuständigkeiten im Sinne des Gesetzesentwurfes zu betrauen.

Franzosenverhaftung in der Pfalz. Als angeblichen Verhafteten, die sich gegen die Pfälzer Anhänger des Bundes „Freie Pfalz“ richteten, haben die Franzosen den in der Pfälzer Stadt Friedrichs Dier in Speyer verhaftet. Später verhafteten sie auch seine Frau und seinen 14-jährigen Sohn. Die ganze Wohnung wurde nach dem Material durchsucht und vor dem Haus zwei Wachposten mit aufgestellten Seitengewehren gestellt. Der Zwischenfall wurde in Speyer schnell bekannt und verlegte die Bevölkerung in größte Erregung. Zum Protest sind sämtliche Arbeiter aller Betriebe sowie sämtliche staatlichen, städtischen und privaten Beamten in den Streik getreten, so daß auch die öffentlichen Einrichtungen stillstanden. Sämtlicheäden hierauf geschlossen. Die Pfälzer Anhänger einer unabhängigen Republik Pfalz sind als die Urheber der Verhaftung zu betrachten, zumal ihnen der Inhalt des betreffenden Flugblattes die Wahrheit mit präzisierender Offenheit ins Gesicht lag.

Deutsche Amerika-Konferenz. In Berlin haben die deutsche Vertretungen der Vertreter der deutschen Schiffahrt in Amerika, die von den Krieges Amerika-Linien unterhalten, stattgefunden. Man erörterte die Möglichkeiten, diesen Verkehr wieder aufzunehmen, obwohl sämtliche deutsche Schiffe die vielen Bände dienen könnten, sich in amerikanischen Besitz befinden. Beschlüsse konnten noch nicht gefaßt werden, da das Schicksal des Friedensvertrages im amerikanischen Senat abgemacht werden muß. Erst nach der Ratifizierung des Vertrages durch den Senat werden die deutschen Schiffahrtsgesellschaften die Lage genauer übersehen und danach ihre Maßnahmen treffen können. Es gilt nicht als ausgeschlossen, daß es möglich sein wird, die deutschen Schiffahrtsgesellschaften mit den amerikanischen in eine Verbindung zu bringen.

Dr. Helfferich als Reichspräsident Oberst. Dr. Helfferich fandte an den Reichspräsidenten seine Klage „Hört mit Erzberger!“ nicht ohne Schreiben, worin er seine Beweggründe darlegt, die ihn zu seinem Vorgehen gegen Erzberger veranlassen. Am Schluß des Schreibens heißt der frühere Staatssekretär es dem Reichspräsidenten anheim, das Gesetz gemacht und die Einwohnerschaft zur Ruhe ermahnt werden. Außerdem wurde eine Erklärung des Oberbefehlshabers, Generalmajor Müller, angehängt, in der die Befehlsgebung der Stadt mit der Nichtbefolgung der Waffenablieferung begründet wird. Der Einmarsch der Truppen vollzog sich ohne jede Störung.

Wien. Das Reichspräsidentenamt. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt.

Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen. In Wien. Das Reichspräsidentenamt in Wien ist am 18. August in Wien eingetroffen.

nicht der Untersuchungskommission über das Ende des Prinzen Nikolaus II. Die Kommission bestand aus 10 Senatoren der Kaiserlichen Regierung, die am 18. März 1919 nach monatelanger Erhebungsarbeit fertiggestellt wurden, daß der Prinz und seine Familie tatsächlich in furchtbarer Weise getötet wurden. Sie wurden nicht durch einige Mann der Wache heimlich ermordet. Ihre Ermordung war vielmehr ein fürchterliches und blutiges Schauspiel für eine Menge, die die Tötung von der Wache ergoß. Nicht weniger als 164 Personen wurden in dem Berichte als Mörder der Zarenfamilie namentlich angeführt. Gegen diese ist von der Regierung in Dnjepr auf Grund der Erhebungen die Anklage wegen Mordes erhoben worden. Alle konnten verhaftet werden und wurden den ordentlichen Gerichten übergeben. Der Prozeß findet öffentlich statt.

170 Millionen Mark Guthabenzinsen für Kaiser Wilhelm
 Berlin, 19. Aug. Wie der „Freiheit“ aus Weimar gemeldet wird, wurde in der letzten Sitzung des preuss. Kabinetts d. Finanzministers Dr. Gadow eine Vorlage eingebracht, durch die dem Kaiser für die ihm durch den ungewöhnlichen Lagerbericht eingegangenen Guthabenzinsen als kapitalisierte Abfindung 170 Millionen Mark ausbezahlt werden sollen. Fast alle Minister stimmten der Vorlage zu. Nur infolge des Widerstandes des Landwirtschaftsministers Braun kam es noch nicht zu einem endgültigen Abschluß.

Provinz und Nachbarstaaten.

Eingeführung des Gin-Rilo-Paketes bei der Post.
 Einem langgehegten Wunsche weiter Kreise wird entsprechen durch die Annahme einer Entscheidung des Abgeordneten Debus-Galle in dem Hausparlament der Nationalversammlung, das Gin-Rilo-Paket ohne Pakettporto einzuführen. Die Postverwaltung, die sich erst ändernd verhielt, stimmte dann zu.

Äntere diesjährige Ernte. Bei der Befindlichkeit des trockenen Wetters sind nur noch einige Tage nötig, dann ist die Ernte in die Schuerein gebracht. Der Erlös der Erntearbeiten entspricht den Terminen der früheren Jahre, wenn auch in diesem Jahre die Ernte um 14 Tage später ihren Anfang genommen hat. Allerdings vermindert man nicht zureichendstenfalls Urteile über die Ertragskräfte der diesjährigen Ernte. In unserer Gegend rechnet man beim Roggen mit dem Abnertrag von 60 Zentnern auf den Hektar, das bei den Wintergersten. Das Sommergetreide hat den Erwartungen für Länge und Masse der Fülle nicht entsprochen und steht in dieser Beziehung dem Roggen weit nach. Es ist die nötige Feuchtigkeit und Wärme während der Entwicklung der Sommerernte ausgeblieben. Immerhin kann bei dem Weizen mit einem Ertrag von 40 Zentnern auf den Hektar und bei dem Hafer mit 15 Zentnern gerechnet werden. Anfall und Auswuchs haben in diesem Jahre keine Verluste gebracht. Was an Ärnern verloren gegangen ist, fällt auf das Konto der massigen Feldweiden, über welche in diesem Jahre berechtigten Klagen zu führen gewesen sind. Es machte sich eine weitestgehende Verfallung der Fütterung nötig. Für die Weiden, die zahlreich angelegt sind, auch für Äcker und Kraut ist ein durchgehender Regen recht bald kommen zu.

Meiselschlag. 18. August. Auf dem Gugenstade wurde durch das Blasen eines Dampfprobes die Arbeiterin Kemle aus Starckenberg so schwer verbrannt, daß sie unter großen Schmerzen den Geist aufgab, während der Arbeiter Franke von Großdörfel infolge arger Verletzungen dem Altenburger Krankenhaus zugewandt werden mußte.

Mädchen. In St. Ulrich löst sich am Sonntag nachmittag aus einer Mädchen-Pfiste, die von einem Landsdörfer des dort stehenden Ernteausschusses gehandelt wurde, auf ungesetzliche Weise plötzlich 3 Schuß, während sich die Abteilung im Quartier befand. Ein Schuß tötete das 20jährige Mädchen Else Wacha aus St. Ulrich. Der thörichte Unfall wird gerichtlich untersucht. Das Kommando ist vorläufig aus dem Amtsbezirk St. Ulrich herausgezogen worden.

Wersburg. 18. August. Die Feldbesitzliche nehmen weiter in erschreckendem Maße zu. So wurde der Nachzug von dem benachbarten Wäldchen nach Querfurt am 14. August, nach den Mitteilungen des Botanikforschers, zwischen den Einheiten Nieder-Görschütz und Nambach durch Feuern der Briten mehrmals zum Halten gezwungen. Dann strengte eine Anzahl Feldbesitzliche aus und plünderten die nothen Felder. Die Wiehe veränderten das Inzertional durch Drohungen an der Befestigung von Personalien.

Wippla. 18. August. Mit dem heutigen Tage ist das Trinkgeld abgeschafft, da die Gastwirtschaften von den Wirtin auf Grund der veränderten Verhältnisse zu Entschädigung entsprechenden mit festen Gehältern abgelöst werden. Man ist aber bereit darüber entgegen zu kommen. Die Wirtin wollen das Trinkgeld ein Prozentuales „Bedienungsgeld“ erheben das ungefähr den bisherigen Trinkgeld entsprechen würde. Dagegen widersetzten sich wieder die Kellner durch einen Aufbruch an den Blauschinken, während die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte folgendes bekannt gibt: 1. Der Ertragsaufschlag ist zum Schutze der Arbeitnehmer notwendig; denn nur durch ihn wird vermeiden, daß ihre Ehre noch länger durch Anweisung eines Trinkgeldes zunichte getreten wird. Wir können umgänglich annehmen, daß die Kellner wünschen, das Trinkgeld offiziell abzuschaffen und es hinterher wieder einzuführen. 2. Der Ertragsaufschlag beschränkt den Schutz des Publikums. Nur durch diesen Ertragsaufschlag ist es möglich, das Publikum davon zu bewahren, daß es ein Entgelt für die Leistungen der Bedienung doppelt bezahlt.

Stenach. Eine Eheheftigkeit wird gerodet; amerikanischer Schnellzug fand frühlich auf dem Stenach statt. Kommt da ein junger Mann und schlägt die Brautjungfer zu Füßen auf das Parkett und muß dort zu seinem Schrecken erfahren, daß über seine Wohnung aus Fenster des Wohnungsmangels von Amts wegen andersweit verhaftet werden soll, wenn er nicht innerhalb zweier Stunden den Nachweis seiner Bereicherung erbringt. Angstvoll ob des drohenden Verlusts

seiner Zimmer fürst der Brautjungfer zur Braut, trommelt, elckig seine Brauter zu. Ingenösslich zusammen, wird innerhals der vorgefertigten Zeit handsamlich getraut und erweist dann seine Mutter und Schwiegermutter mit der überflüssigen Nachrich, daß er, der apnungsgloß Brautigam vom Morgen, bereits zu Mittag erfahrener Ehemann geworden ist.

Nabtau. 18. Aug. In dem abgelegenen Bauerndorfe Dorsch bei Nabtau ereignete sich am Freitag ein entsetzliches Unglück. Der Besitzer des „Erbschircks“, Gustav Heinrich Walde, fuhr an dem genannten Tage mit Hilfe seines 16 Jahre alten, aus Dresden-Paaren 6-jährigen Scholers gemählten Ake nach Hause. Als das Gespann auf dem Erbschirckhofe angelangt war, gab der genannte Gutsbesitzer dem Scholar die Weisung, auf dem belabenen Wagen zu verbleiben. Die Kutschke des Gutsbesizers verzögerte sich jedoch, und infolgedessen legte sich der Scholar, vom Warten müde geworden, in den Ake schlafen. Dies wurde dem jungen Wanne zum Verhängnis. Als der Gutsbesitzer schließlich in den Hof zurückkehrte, glaubte er, der Scholar habe sich ebenfalls ins Haus gegeben. Er nahm die scharfgeschliffene Sense, um sie auf dem belabenen Ertragnis, auf dem der Scholar inzwischen apnungsglos eingeschlagen war, mit großer Wucht niederzuwerfen. Der Senstschief traf den jungen Mann und durchschnitt die Halsgabelader. Rollen Entsetzen stand der Gutsbesitzer an der Reiche seines jungen Gehilfen, dessen tragischer Tod Aufregung und Trauer im Dorfe verbreitete. Aller Voraussicht nach wird der Gutsbesitzer wegen fahrlässiger Tötung zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden.

Deutsche Kriegsentee gab am 19. August an der Berliner Börse bei 80 Proz. um 0,30 nach.

Verbrechungskategorie. Banknotens- und Kuponsfälscher sind die neueste Verbrecherkategorie, die in Deutschland leider von sich nehmen magt. Vor dem Kriege waren solche Verbrechen bei uns fast ganz unbekannt. In der Zeit der Not, die uns im letzten Jahre hat die Fälschung mit Banknoten begonnen und geht nun weiter und weiter. Bedenke man in Weimar doch sogar mit der Möglichkeit, daß die Stempel für den beachtlichsten Umfang von Banknoten gefälscht werden könnten. Was ist die Sicherheit von Geld und Gut in Zeitschancen.

Der deutsche Wald zeigt schon die Folgen des Holzmanngels, die Holzungen in den schärfsten Baumbeständen sind an diesen Orten schon überaus auffällig und sie müssen sorgfältig werden, da wir doch nicht erziehen können. In zahlreichen Ständen sind weder Kühlen noch Breiten zu haben, man ist ganz auf Holz angewiesen, das zum Teil zu hohen Preisen bezogen wird. So ist der allen Verbrennungscharakter, es famne Einzelwald bei Jena fast gütigster und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Was aber das Schwimmen der Wälder bedeutet, ist allgemein bekannt, nämlich Abnahme der Feuchtigkeit und damit der Fruchtbarkeit. Das heutige Italien liefert aus unter den Waldverlusten, die vor vielen Jahrhunderten dort stattgefunden haben. Für alle Verbrennungen gibt es aber keinen praktikablen Rat, als nach Möglichkeit Aufzuchtungen vorzunehmen.

Vermischtes.

Eine Riesenbrücke über den Panamakanal ist beabsichtigt die argentinische Regierung bauen zu lassen. Die Brücke würde 19,8 Kilometer lang werden und acht Deckungen von je 125 Meter, 110 Deckungen von 80 Meter sowie 133 Deckungen von je 30 Meter erhalten. Ein guter Fußgänger würde ein Marsch von mehr als 5 Stunden zurücklegen, um diese Brücke zu überschreiten. Die Baukosten werden auf 135 Millionen veranschlagt.

Was Vergeltlichkeit zweimal getraut. Wegen Bigamie hatte sich der Schloffer Karl Mayer vor der Strafkammer in Berlin zu verantworten. Als Geklagter waren die beiden Ehefrauen des Angeklagten, Gertraud und Minna Mayer, geladen. Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte sich während des Krieges mit einer seiner beiden Frauen verheiratet lassen. Als er dann auf Urlaub kam, hatte er diese Ehe wieder vergessen und zum zweiten Male geheiratet. Diese eigenartige Vergeltlichkeit des Angeklagten fand eine Erklärung durch das Gutachten eines als Sachverständigen benannten Stabsarztes, der befandete, daß Mayer ein sehr junges Gehirn hat, das die Möglichkeit vorliege, daß er als geistkrank im Sinne des § 51 anzusehen sei. Das Gericht kam daraufhin zu einer Freisprechung des doppelt Ehebreiter, der beide Frauen verlieren mußte, da die zweite Ehe an sich rechtswirksam ist, die erste Ehe aber wegen Bigamie angefochten werden soll.

Ein Riesenraub. Aus der Höhe wird gemeldet: In der letzten katholischen Kirche des bayerischen Dörfchens Rüdenschwinden bei Haidungen findet sich folgendes Erbeut:

Betritt mit Anstand Gottes Haus,
 Und geht stets schweigend ein und aus,
 Und schau nicht kreuz und schau nicht quer
 Und hat nicht auf den Boden her!
 Bedenke wohl, mein lieber Ohm,
 Das Gottes Haus kein Spinnrausch ist!

Die preussischen Staatskarossen unter dem Hammer. Das Obermarschallamt in Potsdam teilt mit, daß am 21. August die preussischen Staatskarossen und 60 Hofswagen versteigert werden.

Eingelad. — In einer feiner Zeitung ist folgendes zu lesen: Die Revolution hat uns gleiche Rechte für Mann und Weib gebracht. Infolgedessen fordern wir die Jugend von Zeit und Umgegend auf die Dämon in Zukunft nicht mehr freizulassen. Warum sollen wir männlichen Arbeiter, die wir das Geld mit unsern feinen Fingern verdienen mühen, an einem Sonntage 3 bis 4 Mk. verlangen, eventuell noch eine Flasche Wein pendieren, um von den Damen als Balwache zu zeigen, außerdem im Kaffeekasten noch Kuchen und Schokolade bezahlen? Wenn die werden Damen gewillt sind, sich Sonntag zu amüsieren, dann sollen die Kosten zu gleichen Teilen geteilt werden. Wie kommen wir zu diesem Vorrecht, da wir doch unser Geld im Schweize unseres Angesichts verdienen.

denen müssen? Daher Sonntagspatole für die Damen: Selbstberle locken, andernfalls das Zubaufschreiben dringend empfohlen wird. — Wir jungen Leute von Tagendern schließen uns diesen Ausführungen voll an — A. J. u. S., die zu Bernau gekommen sind.

Dreizehn Trümpfe.

Erzählung von D. Wunsmann. Beredigte Uebersetzung aus dem Dänischen von D. Wunn.

Vorlesung (Auskunft verboden.)

Die ganz neue Maschine arbeitete mit faststetigen Stempelschlägen, los in tiefen Tönen das Wasser aus dem Graben auf, und löstete es in die wütend flackernden Flammen, die rings umher mit einem siedenden, zischenden Laut erküht wurden.

Man hatte etwa eine Stunde gearbeitet und hing bereits an, Herr des Feuers zu werden, das nur noch langsam weitergebrannt, aber jeden Augenblick von neuem loszubrechen drohte.

Man sah, der unmaßhlich bei der Pumpe beschäftigt war und für nichts anderes als für das Feuer Augen hatte, sah plötzlich Dolger Werner auftauchen. Der junge Gutsbesitzer, der von der Mitteilung, daß das Hauptgebäude in Gefahr lie, alarmiert wurde, hatte jetzt ein ganzes Stigma niedergebrennt. Er hatte einen geschütteten Berg gefahren und Hand mit beiden Händen in den Seitenflammen und der Glarettete im Wunde da, während er dem Gutsbesitzer zuschaute.

„Eine der Leute vom „Sodhanrat“, der im Kamme und sich in seiner derben Gracht aufwieslos über die Wasserheit des jungen Werner ärzte, der in der Glarettete aufschaute, wie die Fremden für ihn arbeiteten, lästete den Gut und sagte: „Der Herr wollen nicht, noch nicht so lange vertreten, bis ich wieder zurück bin, mein Herr,“ worüber er das Feuer so sehr glückte.“

Der Mann vom „Sodhanrat“ wandte sich genant ab und sagte: „Ist, daß alle es hören konnen: „Was ist wirklich der eigentümlichste Gutsbesitzer, den ich je gesehen habe.“ Während sein Hof niederbrennt, steht er mit der Zigarettete im Wunde da, als gäbe ihm das Ganze gar nichts an und läßt sich mit anderen für sich arbeiten. Dabei bekommt man nicht einmal zu essen und zu trinken. Na, es wird auch so gehen. Also vornwärts, Leute!“

Bei dieser richtigen Bemerkung des einfachen Mannes lag eine tiefe Note über Solger Berners Antlitz. Er warf amwillkürlich die Zigarettete von sich und sagte, während er einen Schritt vortrat: „Was soll ich tun?“

„Ich traue Ihnen aus Sodhanrat“ ganz bestürzt. „Ach, lassen Sie nur, Herr Werner. Ich meinte es nicht so.“

„Nein, Sie haben recht“, antwortete Solger, und als er gleichzeitig Hans Hof genant wurde, sagte er zu diesem: „Sie so freundlich und sage dem Verwalter, er solle alles hier, was wir im Keller haben, herbeischaffen lassen. Reicht es nicht aus, so soll er den Leuten Wein geben.“

„So war es nicht gemeint“, Herr Werner“, sagte der Mann aus Sodhanrat entschuldigend.

Solger Werner machte eine abweisende Handbewegung. Dann griff er nach der Pumpenlange und begann mit zusammen. Als der große, gutmütige Mann vom Nachbarort dies sah, lästete er den Gut und rief aus: „Herr Werner, ich hoch, hoch, hoch!“

Alle anderen stimmten ein, während Hans Hof sich beeilte, seinen Auftrag zu erledigen. Solger Werner blieb, zwei volle Stunden unermüdlich arbeitend, an der Pumpe stehen. Jeder Versuch, ihm davon abzurufen, war nutzlos. Der Eigennutz hatte ihm eine die jetzt bei ihm unblumante Energie verliehen. Sein sonst so fließendes Denken geriet unter der Schwere der Lasten in großen, schaumigen Tropfen über seine feine, fahdengedöhte Haut.

Der Morgen begann zu tagen. Frau Werner, die ihren Sohn ängstlich geliebt hatte und ihm am wenigsten gerade auf diesem Woge erwartete, erschien jetzt mit dem Gutsbesitzer Gracze, der auf die Nachricht von dem Feuer in Haidungen die erste Heilbesuchter war. Er trug hohe Stiefel und Reittreibe und wirkte nach links und rechts Besuche aus. Der Verwalter, dem dies nicht paßte, eilte zu Werner hinüber, um ihn auf die Anwesenheit seines Betters aufmerksam zu machen.

Solger trat zwischen den Leuten hervor. Der Gutsbesitzer Harald Gracze wurde sichtlich verlegen, als er ihn erblckte.

„Was mich hier allein kommandieren, Harald“, sagte Solger, „ich habe so wie so nur noch kurze Zeit da. Nach gebort Brandenuln m.“

„Genüch, ich wollte dir nur helfen“, lautetete die etwas verlegene Antwort des anderen. „Ich dachte übrigens gar nicht, daß du hier sein würdest.“

Frau Werner betrachtete ihren Sohn mit strahlenden Augen. Es war das erste Mal seit vielen Jahren, daß sie ihn angeregt gesehen hatte. Sollte dies der Anfang zu einem neuen Leben sein?

„Ich bin müde“, sagte Werner zu dem Verwalter. „In einigen Stunden bin ich wieder hier unten und gebe Ihnen Bescheid.“

Die Mutter klopfte ihm auf die Wangen.

„Schalte nur, mein Junge; wie warm und angefrengt du ausseht!“

Solger grüßte den Vater flüchtig, der ihm prüfend nachsah. Er hatte dieselbe Übung wie Frau Werner. Er sah aber einer Veränderung mit anderen Gesichten entgegen als sie.

Die beiden trennten sich, jeder mit seinem Gebanten.

Frau Werner landete zu Hans Hof und bat ihn, sie sobald als möglich in ihrer kleinen Villa zu besuchen.

Der Gutsbesitzer Gracze ging auf der Brandstätte umher und untersuchte den Schaden.

Die Leute rubten jetzt nach der schweren Arbeit. Es rauchte nur noch aus den biden Stein- und Paffenbauwerk, zwischen denen ein paar gelchwadrate, drohende Wäntzen und ein paar Schworchen in die Höhe rasen.

Es war kein großes Unglück geschehen worden. Was braunnte, mochte ganz niederbrennen, denn redonfalls war alles gut verücht, und die Meterei war schon alt und baulich gewesen.

Zwischenwarte warte man auf den jungen Herrn, der seine Mücke verlorchen hatte. Ein Verbot sollte dortgenommen und die Rettungsgelber vollendet werden. Es gab nicht zu tun. Solger Werner ließ sich aber trotz mehrmaliger Aufforderung nicht sehen.

Da übernahm Harald Gracze erlesenerens Betens den Befehl. Es war also nur ein plötzliches Ausflammen der Lebensgeister gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Brot- und Mehlpreise.

Durch Beschluß des Kreisaußschusses sind die Verkaufspreise für Mehl und Brot vom 20. August ab wie folgt festgelegt:

1 Pfd. Brot 39 Pfg.
 1 Pfd. = 6 Weizenbröckchen 94 % 42 Pfg. 1 Bröckchen 7 Pfg.
 1 Pfd. = 6 Roggenbröckchen 48 Pfg. 1 " 8 "
 1 Pfd. Brotmehl 34 Pfg.
 1 Pfd. Weizenmehl 94 % 36 Pfg.
 1 Pfd. Roggenmehl 40 Pfg.

Die Abgabe von Brot und Mehl ohne Marken und zu anderen als den festgesetzten Preisen ist verboten und zieht Bestrafung beider Teile nach sich.

Weihenfeld, den 18. August 1919.
 Der Vorsitzende des Kreisaußschusses. Bartels, Landrat.

Beschlagnahme des Hartobstes und der Pfäunen.

Auf Grund der Anordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 31. Juli 1919 sowie auf Grund der §§ 12 ff. der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfstellen pp. in der Fassung vom 4. November 1915 wird folgendes angeordnet:

Alles Hartobst (Apfel und Birnen einschließl. des sog. Tafelobstes) und die gewöhnlichen blauen Pfäunen, Bienenpfäunen, Zwetschen, bärchen nur mit Genehmigung des Kreisammunalsverbandes aus dem Landkreis Weihenfeld ausgeführt werden. Mit der Erteilung der Ausfuhr-genehmigung ist vom Kreisammunalsverband die Kreisstelle für Gemüse und Obst in Teuchern beauftragt. Die Genehmigung zur Ausfuhr wird nur dann erteilt, wenn der Geschäfteller den Nachweis erbringt, daß er von seinem Ertrag an Hartobst eine Menge von 50%, an den beauftragten Kommissionär, Karl Hölstein in Weihenfeld oder an die Kreisstelle in Teuchern, abgeliefert hat. Diese Menge ist teils der Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Magdeburg auf Anordnung des Reichsernährungs-ministeriums beschlaggenommen worden und durch den Kreisammunalsverband zur Ablieferung zu bringen.

Nach Ablieferung der beschlaggenommenen Menge an Hartobst wird das weiter vorhandene Hartobst dem freien Handel und Verkehr innerhalb des Landkreises Weihenfeld überlassen.

Zum bei handlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Weihenfeld, den 18. August 1919.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses. Bartels, Landrat.

Wegen Umpflasterung der Fahrbahn wird die Kreisstraße Teuchern-Hohenmölsen, Station 5, 2-5, 4 in der Ortslage Reuthen vom 21. d. Mts. bis auf weiteres gesperrt und der Verkehr auf die südliche Ortslage verwiesen.

Weihenfeld, den 16. August 1919.
 Bartels, Landrat.

Nach der Verordnung des Herrn Reichsernährungsministers vom 5. August ds. Js., dürfen Unternahmer landwirtschaftlicher Betriebe, deren Zuchtstauen gedeckt sind und die dem Kommunalverband dies angezeigt haben, vom 16. August d. Js. ab aus ihrer selbstgebaute Gerste an die Zuchtstau 2 Gr. für den Wurf verfüttern.

Weihenfeld, den 16. August 1919.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

ges. Bartels, Landrat

In unser Genossenschaftsregister ist unter Nr. 14 eingetragen: **Gin- und Verkaufsgenossenschaft für das Fleischer-gewerbe im Landkreis Weihenfeld**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Teuchern. Gegenstand des Unter-nahmens: Einkauf, Verteilung unter die Genossen und Verwertung von Fleischgerätschaften. Die Haftsumme beträgt 800 Mk. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile 10.

Vorstandsmitglieder sind: Hugo Hanisch in Rottichau, Ernst Schulte in Teuchern, Paul Verlich in Theizen.

Die Bekanntmachungen erfolgen unter der von zwei Vorstands-mitgliedern unterzeichneten Firma der Genossenschaft in dem deutschen Genossenschaftsblatte zu Berlin. Beim Eingehen dieses Blattes haben die Bekanntmachungen bis zur Bestimmung eines anderen Blattes in dem Deutschen Reichsanzeiger zu erfolgen. Die Willenserklärungen und Zeich-nungen für die Genossenschaft erfolgen durch zwei Vorstandsmitglieder. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß zwei Vorstandsmitglieder zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterchrift beifügen. Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden das Ge-richts jedem gestattet.

Teuchern, den 9. August 1919.

Alle Sorten Drahtgeflechte Kellerfenstergewebe Fenstergaze Gazeglocken Stacheldraht verzinkt und unverzinkt letzteren zu Ausnahmepreisen empfohlen

Ferd. Gresse.

Vitriol zum Weizenmachen empfiehlt Paul Hahn, Weihenfeld a./E. Morgen Donnerstag vormittag wird **Weizenstroh** abgegeben.

Bettstellen Zwei eiserne zu verkaufen Schützenstr. 4.

Das Amtsgericht. Achtung! Allen Geschäftskenten und Hand-werlern zur Kenntnis, meiner Frau **Elsa Müller** geb. Genthle nicht ihre sofortige Rente zu beaufolgen, da ich für nichts aufkomme.

Otto Müller, s. St. Ruhdorf.

Junger anständiger Arbeiter sucht für sofort saubere Schlaf-stelle mit oder ohne Verköstigung. Gest. Zuschriften bitte zu richten unter Nr. 98. R. H. an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Einige kräftige Arbeiter für Arbeiten in der Umgebung ge-sucht

Göher n. Simon. 4 Meter **weisse Seide** zu verkaufen (zum Brautkleid geeignet). Sie erfragen in der Expd. des Blattes.

mit Brut tödlich sicher **Läuse** zu haben b. Hermann Pohle

Arbeitsnachweis Teuchern

Offene Stellen:
 50 Braumarbeiter, 6 Bergleute, 8 Arbeiter über Tage, 1 Brenner für Anhänger an Dampfmaschine, 1 Stellmachergehilfe, 1 Knecht, 3 Mägde.

Weisswein 1917er Enkircher

Rotwein 1917er Dürkheimer

ferner:

Kognak Pfeffermünz mit Rum alten Korn Pfeffermünz alkoholfrei Zitronen-Limonaden-Essenz empfiehlt

Ferd. Gresse.

Prima Koll. Kakao 1/4 Pfund 4,50 Mk. 1 a holl.

Schokoladen-Pulver 1/4 Pfund 2 Mk. empfiehlt Dr. Billhardt.

Cacao frisch gebranntes Kaffee **Chocolade Zigaretten Schecktabak** empfiehlt

Max Görmer, Oberstr. 7.

Empfehle **prima Speisetalg und Schinkenpeck** a Pfd. 11 Mark. Lita Beer.

Eine gute **Melkziege** zu verkaufen Schützenstr. 3.

Als Verlobte grüssen **Helene Seifert Gustav Weber**

Zeit. Ranthal.

Allen Bekannten, besonders d. Sportvereinigung Teuchern für bewiesene Aufmerksamkeit zu unserer **Hochzeit** sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Alfred Zimmer u. Frau Lina geb. Franke. Gröben, den 20. Aug. 1919.

Todesanzeige. Dienstag früh 2 Uhr ent-schied sanft und ruhig unser lieber Bruder, Schwager und Onkel der Invalid **Hermann Schmidt** im 62. Lebensjahre.

In tiefer Trauer **Geschwister Scholmidt Familie Bauer** Ranthal, Teuchern, Gerbestadt.

100 Mk. Belohnung sichere ich demjenigen zu, welcher mir die elenden gemeinen Feldspitzhüben namhaft macht, welche mir von meinem Feld sämtliche Kartoffeln gestohlen haben. — Habe Fußangeln und Selbsthülle gelegt. — Sobald ich noch so ein elendes Subjekt ertwicke, erschiese ich selbiges standrechtlich.

Richard Bähring.

Lebensmittel.

Am Freitag, den 22. August 1919 von nachmittags 3—4 Uhr werden in den Bezugsstellen die „Fleischmarkten“ für die Zeit vom 25. August bis 21. September 1919 ausgegeben.

In der städtischen Kartoffelausgabestelle „Mädchenschule“ kommen an die Mitglieder von Brotmarkenzeichen **4 Pfund Frühkartoffeln** zum Preise von 65 Pfg. zum Verkauf.

Die Ausgabe geschieht:

An die Familienanfangsbuchstaben A—N am Donnerstag den 21. 8. 19 von 9—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags, an die Familienanfangsbuchstaben O—Z am Freitag, den 22. 8. 1919 von 9—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags.

Teuchern, den 20. August 1919.

Der Magistrat. J. B. Hinniger, Beigeordneter.

Die Lehrherren haben nach dem Ortsstatut die Pflicht ihre Lehrlinge rechtzeitig in die Fortbildungsschule zu schicken.

Unverheiratete werden bestraft.

Teuchern, den 20. August 1919.

Der Magistrat. J. B. Hinniger, Beigeordneter.

Das von uns aufgestellte Verzeichnis der hier wohnhaften Personen, welche im nächsten Jahre zu neuen Schiffs- und Geschworenenämtern be-rufen werden können, liegt in der Zeit vom 22. bis 28. August 1919 während der Vormittagsdienststunden im Stadtelternrat zur Einsicht aus.

Teuchern, den 19. August 1919.

Der Magistrat. J. B. Hinniger, Beigeordneter.

Er Krankenbrotverkauf für Teuchern ist von dem Kreis-ausschuss in neuen Wirtschaftsjahre, also mit Beginn der neuen Vereinsperiode, in so fern geändert, als von dieser Zeit ab sämtliche Vätervereine in Teuchern berechtigt sind, Krankenbrot gegen Kranken-marken abzugeben.

Teuchern, den 16. August 1919.

Der Magistrat. J. B. Hinniger, Beigeordneter.

Männer zur ausbildungsweisen **Erntearbeit** stellt auch bei stunden-weiser Beschäftigung ein

Borwerk Lagnitz.

Neue Vollheringe sind wieder eingetroffen.

Abgabe nur in ganzen Tonnen.

Gebrüder Zimmermann.

Gasthof zum „grünen Baum“ Teuchern.

Sonntag, den 24. Aug. v. Nachm. 4 Uhr ab **starkbesetzte BALL-MUSIK**

Dazu ladet freundlichst ein **A. Müller.**

Auf nach Bonau! Grosser Burschen-Ball

findet **Sonntag den 24. 8. in Bonau** statt. Anfang nachmittags 4 Uhr.

Es laden freundlichst ein **Die Jugend.** Der Wirt.

Teuchern Schützenplatz (Gemütlige Ecke) W. Billes Kunstfiguren Theater. Freitag, 22. Aug. wird aufgeführt **Dr. Faust** oder Das Bündnis mit dem Bösen Schauspiel in 4 Akten

Es ladet freundlichst ein **W. Bille.**

Ristritz. Zum **Hähnchen-Auskegeln** Sonntag den 24. August von Nachm. 3 Uhr an und zum **Ball** von nachm. 6 Uhr ladet freundlichst ein **H. Gaudigs.**

Ein junges ehrlisches **Mädchen** wird bei gutem Lohn zur Auf-erziehung gesucht.

Frau Agnes Ronnewitz, Steinweg No. 8.

100 Mk. Belohnung sichere ich demjenigen zu, welcher mir die elenden gemeinen Feldspitzhüben namhaft macht, welche mir von meinem Feld sämtliche Kartoffeln gestohlen haben. — Habe Fußangeln und Selbsthülle gelegt. — Sobald ich noch so ein elendes Subjekt ertwicke, erschiese ich selbiges standrechtlich.

Richard Bähring.

Trauring ohne Namen ist am Montag von Schützenstr. bis Bahnhof verloren gegangen. Gegen gute Belohnung abzugeben bei **Fr. Dertel, Schützenstr. 1.**

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Abgabepreis: Die Hauptpatenz Kornpreis 20, Klempnerzeit 30 Pf

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Beierstraße 10
am liebsten vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erhalten wöchentlich 8 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Amtesliches Verköndigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 98.

Donnerstag, den 21. August 1919.

58. Jahrgang.

Die Reichseinkommensteuer.

Die Notwendigkeit, daß die großen Vermögen und hohen Einkommen richtig werden bluten müssen, ist längst bekannt und unbefristet. Derige Woge ist in Weimar ausgebrochen, daß der Luxus und die Vergnügungssucht hart befeuert werden müssen. Auch dagegen kann man nichts sagen, denn jedes Quantum von Luxus und Amüsament kann auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Personifizität zugeschnitten werden. Aber gerade diese letzte Steuer ist, wie so viele andere im Ertrage von der Konsumtion der Bevölkerung abhängig, und wenn die Fähigkeit, das Geld mit leichter Hand auszugeben, schließlich doch einmal abnimmt, muß also auch der Steuerertrag aus solchen Aufwendungen sinken. Auch wenn wir ärmer werden, bleiben aber die großen Ausgaben, die Entente wird nicht locker lassen. Unter solchen Umständen bleibt die sichere Einkommensquelle des Reiches die Reichseinkommensteuer, wenn sie auch diesen Steuerzahlern nicht so angenehm sein wird, wie indirekte Abgaben, die keinem Zwange unterliegen.

Daß die neue Reichseinkommensteuer bedeutend höher werden wird als die heutige Staatsinkommensteuer, ist selbstverständlich. Sie wird durch höhere, obwohl kommunalsteuerverpflichtete, werden nicht erhoben werden sollen. Man hat nun angefangen, zu berechnen, wie hoch sich eben die neuen Steuerhöhen stellen werden, und ist dabei zu wenig erbaulichen Ergebnissen gekommen. Wenn der in Aussicht genommene Betrag jährlich erbracht werden soll, so muß so ist ausgerechnet worden, etwa ein Drittel des Einkommens im Durchschnitt für Steuerzwecke herangezogen werden. Zur Begründung dieses hohen und tatsächlich doch kaum erschwinglichen Satzes wird angeführt, daß durch die Vermögensabgabe und durch die Kapitalertragssteuer die Einkommen so vermindert werden, daß mit hohen Steuerhöhen gerechnet werden muß, um den Ertrag heraus zu bekommen.

Über die Statistik ist in der heutigen Zeit der unbegrenzten Möglichkeiten in Steuerfragen kein unbedingt zuverlässiger Ratgeber, und wir dürfen annehmen, daß das Gesamteinkommen in Deutschland heute viel höher ist, als auf Grund von statistischen Berechnungen angenommen wird. Aus dem Vorwärtsumlauf ist festgestellt, daß die ungeheure Summe von 10 Milliarden Mark Papiergeld zum Zweck der Steuerhinterziehung zinslos versteckt worden ist. Wenn diese Summe von zehntausend Millionen ruhig bei Seite gelegt werden könnte, dann muß doch das Einkommen so hoch sein, daß auf dies verborgen gehaltene Geld nicht zurückgegriffen zu werden braucht. Diele und andere Artfragen lassen deutlich erkennen, es sind höhere Einkommen da, als die Steuerbehörde weiß.

Wir brauchen uns also durch die statistische Messung von einem Drittel Steuer des Einkommens noch nicht ins Hochspann lagern zu lassen, ganz abgesehen davon, daß es unmöglich wäre, diesen Einkommensteuertopf zu bezahlen. Die Zeit in Weimar beschlossenen Maßnahmen gegen die Steuerflucht und die Abstrempfung der Wurzeln werden sehr erhebliche Beträge gekamertem Geldes ans Licht bringen, aber eine Notwendigkeit wird es sein, wenn für die Zukunft übertrieben hohe Sätze der Reichseinkommensteuer vermieden werden sollen, die Steuer mit einer allgemeinen Deklarationspflicht zu verbinden, denn sonst fängt in zwei, drei Jahren die Geldkammer von neuem an und diejenigen, deren Einkommen offen zu Tage liegt müssen für die Heimlichkeit mit bezahlen.

Die Entschädigungen für Offiziere.

— Weimar, 18. August 1919.

In der heutigen Nachmittagsitzung wurde zunächst die Beratung des Geleitentwurfs über die Entschädigung für die ausgedienten Offiziere weiterberaten.

Abg. Holz (Str.) führte aus, ein Rechtsanspruch für die betreffenden Offiziere bestehe nicht, und den moralischen Verpflichtungen werde ja die Vorlage auch nach den Beschlüssen des Ausschusses gerecht. Es handle sich keineswegs um Betrugsmittel, sondern um sehr ansehnliche Beträge.

Striegnisminister Reinhardt gab zu, daß die Vorlage, die im Ausschuss in manchen Einzelheiten eine Verbesserung erfuhr, nicht so angesehen wird. Die Regierung ist geneigt, dem Ausschuss den Weg, und es geht nicht der Höhe zuwider, wenn man einen Vermögensnachweis erbringen muß, um mehr zu bekommen, als man an sich zu beanspruchen hat. Eine Summe von 4000 Mark hat, wenn auch sämtliche Teile in Anleihen und Aktien und der gesamte Grenzschutz eingeschlossen sind. Bis zum 1. Oktober werden die Angehörigen über unsere Willkommensfeier, daß Deutschland noch rund 4000 Mark hat, wenn auch sämtliche Teile in Anleihen und Aktien und der gesamte Grenzschutz eingeschlossen sind. Bis zum 1. Oktober werden die Angehörigen über unsere Willkommensfeier, daß Deutschland noch rund 4000 Mark hat, wenn auch sämtliche Teile in Anleihen und Aktien und der gesamte Grenzschutz eingeschlossen sind.

Abg. Sauer (H. S.) wandte sich gegen die Vorlage, die den Offizieren und Unteroffizieren eine bevorzugte Stellung geben wolle.

Wehrminister Roese stellte gegenüber falschen Vorstellungen der Unabhängigen über unsere Willkommensfeier, daß Deutschland noch rund 4000 Mark hat, wenn auch sämtliche Teile in Anleihen und Aktien und der gesamte Grenzschutz eingeschlossen sind.

tober wird die Abrüstung bis auf 250000 Mann durchgeführt sein. Der Minister hat dann um rasche Verabschiedung des Gesetzes.

Damit schloß die Generaldebatte. Die Anträge der Reichsparteien wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Haas (Dem.), wonach die Heberungsgebühren für Reichsteile auf die Unterhaltungsverpflichtigen ausgedehnt werden. Zu Barag. 16 wird gemäß einem Vorlage des Ministers Erzbischof bestimmt, daß das Gesetz am 1. September d. J. in Kraft treten solle.

In die zweite Lesung schloß sich die dritte an. Das Gesetz wurde endgültig gegen die Stimmen der beiden Rechten und der Unabhängigen angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des

Kapitalanleiheabfindungs-Gesetzes.

Abg. Graf zu Solms (D. P.) befehlte es als

Danke und Ausgedrückt, daß die Kommission die Kriegs-Kapitalanleihe aus dem Gesetz herausgenommen hat.

Abg. Schirmer (Str.) Der Entwurf bringe den Kapitalanleiher nur eine Absichtsbekundung des Dankes, den wir dem ganzen Volk schulden. Mehr gelte die Finanzlage nicht.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. v. Grafe (Döhl), Arntz (Soz.) und Dr. Haas (Dem.) folgte der Kriegsminister Reinhardt wurde das Gesetz in zweiter Lesung in der Ausschussfassung angenommen mit einem Beschlusseinstimmungsbescheid, der die Werbung hinter dem Worte „Kapitalanleihe“, sonnet für die dem Kriege kapitalisiert haben“ freit und für Kapitalanleiher mit siebenjähriger aktiver Dienstzeit eine Vergünstigung einführt.



Abg. Dr. Richter (Str.) hat nun einmal auf den Fall Mannheim zurück und fragte, als der Regierungskommissar eine für nicht genügende Antwort erteilte. „Ist die deutsche Regierung bereit eine Bestätigung dieser Forderung von den französischen Regierung zu fordern?“ Der Vertreter der Regierung wies auf die gegenwärtige politische Konstellation hin, die Deutschland einen solchen Schritt nicht gestatte.

Darauf wurde das Ausschussgesetz und das Entschädigungsgesetz zum Friedensvertrag nach kurzen begründenden Worten des Außenministers Herrmann Müller ohne jede Debatte an den Kaiserhausauschuß verwiesen.

Sobann begann die zweite Lesung der Entwurfs über die Gründung der Post, Telegraphen- und Kraftwerke-Gesellschaften. Die drei Vorlagen wurden zugleich in dritter Lesung angenommen.

Eine rezere Ausdrücke führte sich an die zweite und dritte Beratung des Geleitentwurfs über die Wochensätze an.

Nach Annahme dieses Gesetzes gab vor der Bauleitungsminister Baur über Obersachsen eine bezriedende Erklärung ab. Wir sind fort Herr der Lage. Es handelt sich um Punkte, die von polnischen Händen ins Werk gesetzt sind. Die polnische Regierung hat erstreuerliche damit nichts zu tun. — In der Nachmittagsitzung wurde zunächst das

Zabalksteuerrecht

in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Standrecht in Obersachsen.

Der polnische Aufruf.

Am Laufe des Montag besetzte sich die Lage für die deutschen Truppen ganz erheblich. Von besonderem Einfluß auf die Haltung genossenen deutschfeindlichen Elemente war die am Vormittag erfolgte Verkündung des Standrechts über Obersachsen. Die Wirkung war bald zu bemerken. Zahlreiche dunkle Elemente, die an den Vortagen sich an den Ausschreitungen beteiligten, wurden dadurch eingeschüchtert. Einen vorübergehenden Erfolg errangen die polnischen Banden in der Gegend von Rastowitz und Wilschowitz. Sie besetzten hier einige Ortschaften, brennten die polnische Flagge und erklärten die Gruben für polnische Nationallegitimen. Die amarschierenden deutschen Truppen werden sie bald verjagen.

Den Vorkündern gelang es, vereinigt kleine Truppen die in Entschlossen eingeschlossen waren, nach länger anhaltendem Feuerkampf und in großer Mannschonung zu entkommen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Kosterierungen menschen er-mordet, so der Führer der eingeschlagenen Pionierkompanie, der auf dem Wege nach Jämslein einem Hinterhalt zum Opfer fiel.

Am Freitag Nacht wurden an einer einzigen Stelle 18 polnische zu gerüstete deutsche Soldaten einer überfallenen Feldwache gefunden.

Am Freitag Nacht kam es, wie von amtlicher Stelle gemeldet wird, in der Nacht zu Dienstag an allen Ecken und Enden zu Wankenkämpfen. Verwundete Säulen zogen von Wanden und Seibersdorf gegen die Stadt Wilschowitz. Sie wurden unterwegs zurückgeschlagen. Ihre Verluste sind beträchtlich. Schwere Ausschreitungen gab es in Eber-Schuland, ferner in Ebnatagrade und Raditz, wobei in den Morgenstunden der Wanzerau Nr. 92 abgewallen wurde. Mehrere Tote hatten die Angriffe in der Nacht. Ebenfalls wurde ein Überfall auf Charlottengrube berichtet, wo in den frühen Morgenstunden der Versuch gemacht wurde, die Reichswehr zu entkommen.

Der Streik im Wilschowitz Bezirk ist in der Montag-Nachmittag vollständig geworden. Die Bergarbeiter beginnen sich einzelne Kategorien anderer Arbeiter anzuschließen.

Zurücknahme der Truppen aus Rastowitz und Wilschowitz.

Nach den letzten Berichten der Pressestelle des Staatskommissars ist die Lage im Rastowitzer Bezirk leider so, daß zwar Wilschowitz und Rastowitz fest in den Händen unserer Willkür sind, daß aber die größten Teile dieses Bezirks zum größten Teil als von den Insurgenten besetzt angesehen sind. Es fanden am Montag dauernd Kämpfe in den Dörfern Wolschin, Schoppinitz, Janau, Gieschwald mit bewaffneten Banden, die mit Maschinengewehren und reichlich Munition versehen waren, statt. Keinen gelang es den Banden, einzelne unserer Feldwachen anzuhängen. Wogen Wenden mußten angeführt dieser Sache die Truppen aus Rastowitz und Wilschowitz zurückgenommen werden.

Neue Märsche.

Am Samstag frühlich Beuthen, umfassend die Entschlossenheit, Dombrowka, Ergow ist die Ruhe wieder hergestellt. Im Wilschowitz feldisch Beuthen wurde am Dienstag schwer gekämpft. Aber das Hauptneft der Putschisten, der Gottesberd-Schacht, ist an Sage oben. Dagegen wurde am Dienstag im Rudolfsriet Elpine noch gekämpft. In Wolschin und Döllnitz haben die Putschisten die Nacht vollkommen in der Hand, die öffentliche Gewalt wird dort von polnischen Vorkündern ausgeübt. Die Eisenbahnstrecke zwischen Rastowitz und Wilschowitz ist unterbrochen. Der Straßenverkehr ist im Rudolfsriet teilweise lahmgelegt. Montag mittag ereignete sich in Schwienitz-Löblich ein schwerer Zusammenstoß, als herumlungende Elemente einer Munitionstransport angriffen. Bei einem Überfall auf den Regimentstab im Kloster Wilschowitz verteidigte sich die dortige Wache heldenmütig und verlor drei Tote und zehn Verwundete, in dessen wurden die Angreifer in die Flucht geschlagen.

Streikverbot für den Bezirk Eppeln.

Über die Verhängung des Standrechts wird gemeldet: Von selten des kommandierenden Generals des 6. Armeevors und des Staatskommissars für Schlesien und Obersachsen wurde der beschlossene Streikverbot für den Bezirk Eppeln mit Ausnahme der Kreise Leubschütz, Neuland, Neisse, Grottau und Falkenberg erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streikens. Alle streikenden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort aus ihrer Arbeitsstelle zu geben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

Gleichzeitig richtete der Staatskommissar einen Aufruf an die Bevölkerung Obersachsens, worin die Verhängung des Standrechts und das Streikverbot als notwendig begründet und alle vernünftigen Arbeiter ermahnt werden, sofort die Arbeit aufzunehmen und für Ruhe und Ordnung einzustehen. Damit es nicht an